

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
180 · Ausgabe CH · Februar 2019  
AZB 3001 Bern



## Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren

Das Programm der Rechten ist weltweit gleich: Die Wenigen sollen auf Kosten der Vielen immer noch reicher gemacht werden. Die rechtsbürgerliche Mehrheit, die seit 2015 in Bundesbern das Sagen hat, stellt sich in diese Reihe. Lasst uns gemeinsam dagegen kämpfen und am 20. Oktober die Mehrheiten ändern!

### ZERSIEDELUNG

Das bestehende Raumplanungsgesetz vermag die Zersiedelung nicht zu bremsen. Deshalb braucht es ein Ja zur Zersiedelungsinitiative, die am 10. Februar zur Abstimmung kommt. Seite 16

### JETZT UNTERSCHREIBEN!

Die Korrektur-Initiative fordert ein Verbot von Waffenexporten in Bürgerkriegsländer und in Länder, die systematisch und schwerwiegend Menschenrechte verletzen. Seite 17

Liebe Genossinnen und Genossen  
Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Das ist mein letztes «links»-Editorial. Acht Jahre habe ich auf dem Zentralsekretariat der SP gearbeitet, sieben davon als «links»-Redaktorin. Während dieser Zeit auf dem «Seki» habe ich viel dazugelernt. Über Politik und über das Innenleben einer Partei, aber auch sehr viel Handwerkliches: wie man eine Aktion organisiert, einen Flyer produziert oder wie man Argumente verständlich zusammenfasst.

Das Wichtigste aber, was ich bei meiner Arbeit gelernt habe: Die SP, das sind die Mitglieder.

Denn man kann noch so viele Flyer produzieren, die besten Aktionen organisieren und Argumente noch so verständlich aufschreiben – wenn die Argumente nicht weitergegeben und die Flyer nicht verteilt werden und niemand an der Aktion teilnimmt, bringt das alles gar nichts. Wenn nach dem Aktionswochenende eine Kiste Flyer im Gang rumsteht, kann man höchstens noch ein paar davon ins Archiv bringen. Dort liest sie dann aber niemand mehr.

Besonders wichtig sind wir Mitglieder in Wahljahren, wenn bei den anderen Parteien so richtig geklotzt wird. Denn während diese mit Plakat- und Inseratekampagnen das Land und die Medien zupflastern, kann die SP nur zuschauen. Das können wir uns schlicht nicht leisten. Dafür haben wir etwas anderes: Menschen! Menschen, die gemeinsame Vorstellungen über die Welt teilen und auch bereit sind, diese Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Am 22. Januar hat das Präsidium den Wahlkampf eröffnet. Und zwar auf dem Waisenhausplatz in Bern. Dort, wo es Menschen hat, und nicht nur Medienschaffende. Die SP will in diesem Wahlkampf mit den Menschen reden, und nicht nur über sie. Auf der Strasse, am Telefon und neu auch an der Haustür. Dafür braucht es uns alle, denn um mit den Menschen zu reden und ihnen vor allem auch zuzuhören, braucht es Menschen – und nicht Plakate.

Damit verabschiede ich mich von euch. Als Redaktorin, nicht aber als Genossin. Wir sehen uns!

*Andrea Bauer, Chefredaktorin «links»*

## INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4–5 **Gespräch**  
**Nadine Masshardt ist politische Leiterin des Wahlkampfs 2019.**  
Andrea Bauer
- 6 **Wahlen**  
**Ende Februar wird die Prämienentlastungs-Initiative lanciert.**  
Barbara Gysi
- 7 **Wahlen**  
**Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren!**  
Christian Levrat
- 8 **Wahlen**  
**Der SP St. Gallen steht ein Wahlmarathon bevor.**  
Guido Berlinger-Bolt
- 9–12 **Kantone**  
**Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings**
- 13 **Solifonds**  
**Die sozialen Bewegungen in Brasilien brauchen Unterstützung!**  
Yvonne Zimmermann
- 14–15 **Frauenjahr**  
**Lohntransparenz: Immerhin in die richtige Richtung**  
Min Li Marti
- 16 **Abstimmung**  
**Ja zur Zersiedelungsinitiative am 10. Februar**  
Thomas Hardegger
- 17 **Aktuell**  
**Jetzt die Korrektur-Initiative unterschreiben!**  
Priska Seiler-Graf
- 18 **Aktuell**  
**Lesetipps**
- 19 **Agenda**

## Delegiertenversammlung in Goldau (SZ)

Die nächste Delegiertenversammlung vom 2. März findet im Pfarreizentrum in Goldau statt. Thematischer Schwerpunkt ist «Arbeit und Ausbildung für alle», eines der vier Wahlkampfthemen der SP. Weitere Informationen zur Delegiertenversammlung werden laufend unter [www.spschweiz.ch/dv](http://www.spschweiz.ch/dv) veröffentlicht.

## Aktionen zum 8. März

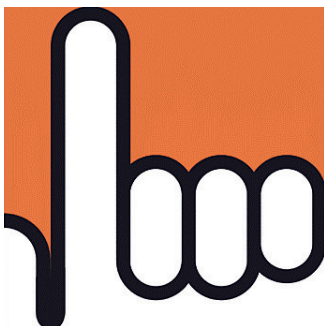
Im Gegensatz zum 1. Mai ist der internationale Frauentag am 8. März in der Schweiz wenig bekannt. Drei Monate vor dem Frauenstreik (14. Juni 2019) ist es höchste Zeit, das zu ändern! Deshalb freuen wir uns, wenn möglichst



viele Sektionen am 8. März (oder am Samstag, 9. März) mit Aktionen auf der Strasse präsent sind. Zur Inspiration: Die Sekretärin der SP Frauen\*, Gina La Mantia, verteilt am Frauentag in Biasca (TI) Flyer und Rosen. Und SP-Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler organisiert am 9. März in Altdorf (UR) eine Standaktion.

## Abstimmungen vom 19. Mai

Die Referenden gegen den AHV-Steuer-Deal (STAF) und die Änderung der EU-Waffenrichtlinie sind zustande gekommen und kommen am 19. Mai zur Abstimmung. Zur STAF hat die ausserordentliche Delegiertenversammlung



vom letzten September bereits die Ja-Parole beschlossen. Zur Waffenrichtlinie beantragt die Geschäftsleitung der Delegiertenversammlung vom 2. März einstimmig ein Ja.

## Gletscher-Initiative

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz beantragt der Delegiertenversammlung vom 2. März die Unterstützung der Gletscher-Initiative. Diese hat am 26. Januar der Verein Klimaschutz Schweiz lanciert, der eigens



zu diesem Zweck gegründet wurde. Ziel der Initiative ist eine schweizerische Klimapolitik, welche sich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens orientiert, das die Schweiz unterzeichnet hat. Die damit eingegangene Verpflichtung soll in Form klarer Zielvorgaben in der Verfassung festgehalten werden. [www.klimaschutz-schweiz.ch](http://www.klimaschutz-schweiz.ch)

## Franchisen

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats will, dass die Franchisen künftig automatisch an die Entwicklung der Gesundheitskosten angepasst werden. Die Mehrheit hat einer entspre-



chenden Vorlage zugestimmt. Das bedeutet, dass die Versicherten immer mehr selber zahlen müssen, um sich behandeln lassen zu können. Die SP lehnt diese weitere Kostenabwälzung auf die Patientinnen und Patienten dezidiert ab. Sie fordert stattdessen eine Erhöhung des steuerfinanzierten Anteils an den Gesundheitsausgaben. Dies will auch die Prämielastungs-Initiative der SP, welche vorsieht, dass Krankenkassenprämien künftig nicht mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen dürfen.

## Transparenzinitiative

Die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK) will mehr Transparenz bezüglich der Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen. Sie will entsprechende gesetzliche Regeln dazu



ausarbeiten. Eine Regelung auf Verfassungsebene, wie dies die Transparenzinitiative fordert, möchte die Kommission aber nicht. Sie bevorzugt eine Lösung auf Gesetzesebene und hat deshalb die Ausarbeitung einer Kommissionsinitiative zugestimmt. Den konkreten Inhalt will sie im Frühling beschliessen. Die Transparenz-Initiative will Parteien verpflichten, ihre Rechnung und die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenzulegen. Auch Personen und Komitees, die in einer Kampagne mehr als 100 000 Franken einsetzen, müssten Spenden über 10 000 Franken deklarieren. Die Annahme anonymer Spenden will die Initiative verbieten. Die SP Schweiz hält sich bereits heute an die Vorgaben der Transparenzinitiative.

## Frauenstreik 2019

Am 14. Juni findet in der ganzen Schweiz der zweite Frauenstreik statt. Bereits haben sich in vielen Kantonen Komitees gebildet und es finden regelmässig Treffen statt, um den Streik vorzubereiten. Koordiniert wird der



Anlass vom überparteilichen Frauennetzwerk zur Koordination des Frauenstreiks 2019. Wer sich engagieren möchte, findet auf der Seite [frauenstreik2019.ch](http://frauenstreik2019.ch) die Kontakte zu den regionalen Komitees, Argumente, Veranstaltungshinweise, Presseartikel und vieles mehr.



# «Wir die schäd Mehr

**IM WAHLKAMPF SETZT DIE SP AUF DEN AUSTAUSCH MIT DEN MENSCHEN – AUF DER STRASSE, AM TELEFON, VIA SOZIALE MEDIEN. UND AUF NADINE MASSHARDT, DIE POLITISCHE WAHLKAMPFFLEITERIN. DAS ZIEL: DIE RECHTE MEHRHEIT IM NATIONALRAT BRECHEN.**

**Nadine, du bist die erste politische Wahlkampfleiterin der SP. Was ist deine Aufgabe?**

Die Idee ist, den Wahlkampf 2019 in der Deutschschweiz besser sichtbar zu machen. Mit Christian Levrat und Roger Nordmann bin ich verantwortlich für die Kampagnenkommunikation. Ich bin aber auch Ansprechperson für alle Kandidierenden und Bindeglied zur Fraktion und zu den Bundesratsmitgliedern, zur Basiskampagne und zum Zentralsekretariat. So habe ich mir etwa vorgenommen, jedem Deutschschweizer Kanton mindestens einen Besuch abzustatten, bei den Nominationen, an einer Wahlkampfveranstaltung oder sonst einem Event. Zudem publiziere ich in den Sozialen Medien täglich einen #wahl Tipp19 – das kann ein Blick hinter die Wahlkampf-Kulissen sein, Tipps für Kandidierende oder ein spannender Medienbeitrag.

**Bleibt da Zeit für den eigenen Wahlkampf?**

Natürlich nutze ich weiterhin meine Kanäle und versuche damit möglichst auch mein Umfeld zu mobilisieren. Ich sehe mich diesmal aber vor allem als Teil der SP-Wahlkampagne – auch wenn ich wohl im Übereifer lang vor meiner Wahl durch die Parteileitung bereits Give-aways bestellt habe (lacht). Es ist wichtig, dass wir Fraktionsmitglieder – auch diejenigen, die nicht mehr antreten – uns engagieren und die Kampagne der SP sichtbar machen. Allerdings bin ich kein Übermensch. Nebst meinem Mandat habe ich zwei kleine Kinder und mein Partner arbeitet auch Teilzeit.

**Adrian Amstutz, der Wahlkampfleiter der SVP, steigt mit der Motorsäge in den Wahlkampf. Was ist deine Strategie?**

Wenn schon die Nagelfeile (lacht)! Mein Ziel als Politikerin ist es jedoch nicht, mich als Leithammel zu präsentieren, sondern den Leuten zuzuhören und das Gehörte in die

# müssen liche rechte heit brechen»

politische Arbeit einfließen zu lassen. Wer mit der Motorsäge politisiert, kann die Menschen um sich herum nicht mehr verstehen. Wir wollen uns in diesem Wahlkampf mit den Bürgerinnen und Bürgern austauschen – auf der Strasse, am Telefon, via Soziale Medien. Wir reden mit ihnen und nicht über sie. Unseren Wahlkampf haben wir deshalb auch auf einem zentralen Platz mit vielen Passantinnen und Passanten lanciert. Und nicht im Bundesmedienzentrum wie die SVP.

## Worüber will die SP mit den Menschen reden?

Wir haben vier Themen definiert, die immer wieder auftauchen, wenn wir auf der Strasse wie auch mit unserer Basis reden: die Klimaerwärmung, die Gleichstellung, das Recht auf gute Ausbildung und berufliche Weiterbildung sowie die Krankenkassenprämien.

## Zu den Prämien lanciert die SP im Februar eine Initiative ...

Sie will, dass die Prämien nicht mehr als zehn Prozent des Haushaltsbudgets ausmachen. Die steigende Prämienlast beschäftigt die Menschen. Und wir haben ein Rezept dagegen – im Gegensatz zum Parlament, wo SVP und FDP mit ihrer knappen Mehrheit alle Reformen dazu blockieren. Sie tun es auch auf anderen Gebieten: Bei der Beratung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes im Dezember haben wir eine Reihe von Abstimmungen jeweils wegen zwei, drei Stimmen verloren. Unser Wahlziel muss darum sein, diese schädliche rechtsbürgerliche Mehrheit zu brechen.

«Wer mit der Motorsäge politisiert, kann die Menschen um sich herum nicht mehr verstehen.»

## Es lohnt sich diesmal besonders, für ein paar Sitze mehr zu kämpfen.

Genau das ist meine grosse Motivation, bei diesen Wahlen einen besonderen Effort zu leisten. Ab 2013 habe ich im Parlament noch zwei Jahre mit wechselnden Allianzen erlebt. Das sind Welten! So entsteht Fortschritt.

## Die SP will über Gleichstellung reden. Tut die Partei selber genug für ihre Frauen?

Man kann sicher immer mehr tun. Ich bin jedoch froh, dass wir bereits letzten Juni das Frauenjahr lanciert haben und seither mit verschiedenen Aktionen darauf aufmerksam machen, dass Frauen in der Politik immer noch massiv untervertreten sind. Zudem organisiert die SP Frauen\* ein Mentoring-Projekt, bei dem jeweils eine Bisherige eine Kandidatin im Wahlkampf begleitet. Da mache ich selbstverständlich mit. Als ich 2004 fürs Stadtparlament kandidierte, profitierte ich selber sehr von einem solchen Projekt der Jugendverbände. Nun gebe ich gerne Tipps weiter – als Wahlkampfleiterin auch Männern.

## Die SP hat 2015 die Basiskampagne eingeführt und war damit sehr erfolgreich, auch auf kantonaler und lokaler Ebene. Wie stark setzt die Partei wieder auf dieses Instrument?

Unser Wahlkampf motto lautet: «Wir reden mit den Menschen und nicht über sie.» Darum setzen wir auch 2019 auf die Basiskampagne. Neu dazu kommen Tür-zu-Tür-Aktionen in Quartieren, bei denen wir die Bürgerinnen und Bürger fragen, wo der Schuh drückt. Diese Infos gehen zurück in unsere Sektionen und fließen damit in unsere Politik ein. Ehrlich gesagt war ich bei der Einführung der Basiskampagne skeptisch, mittlerweile bin ich begeistert. Einerseits ist die Stimmung an diesen Anlässen immer gut, andererseits sind die Telefongespräche mit wenigen Ausnahmen positiv. Ich kann wirklich allen empfehlen, ihre Hemmungen zu überwinden und Teil der Basiskampagne und damit unseres Wahlkampfs zu werden.

Nadine Masshardt (34) ist seit 2013 Berner Nationalrätin und seit 2015 zusammen mit Cédric Wermuth Vizepräsidentin der SP-Fraktion.

STAND  
PUNKT

Rebekka Wyler,  
Co-Generalsekretärin  
der SP Schweiz



## Tour de Suisse

Wahlkampfzeit ist Reisezeit – zumindest für Parteileitung und Generalsekretariat. Die ersten Kantonalparteien haben damit begonnen, ihre Kandidatinnen und Kandidaten für National- und Ständerat aufzustellen. Als Co-Generalsekretärin werde ich aber nicht nur zu Nominationsparteitagen, sondern auch zu Sektionsanlässen und Bildungsveranstaltungen eingeladen. Kürzlich habe ich so innerhalb von vier Tagen zweimal den Kanton St. Gallen, den Kanton Tessin sowie Aargau und Basel-Stadt besucht.

An den Nominationsanlässen stellt Christian Levrat oder ein anderes Mitglied des Parteipräsidiums jeweils die Wahlkampfthemen der SP Schweiz vor und motiviert die Anwesenden, sich fürs Aufbrechen der rechtsbürgerlichen Mehrheit in Bundesbern und für den Wahlkampf der SP einzusetzen.

An grösseren Parteianlässen ebenso wie als Referentin an Sektionsanlässen oder Bildungsveranstaltungen komme ich mit zahlreichen Leuten ins Gespräch, vom Basismitglied bis zur Regierungsrätin. Ich will ja auch wissen, wie es den Mitgliedern der SP geht. Manchmal ärgern wir uns gemeinsam, manchmal freuen wir uns zusammen, häufig geniessen wir gemeinsam eine Pizza oder einen Apéro. Und manchmal wird man auch sehr nachdenklich. Es gibt offenbar immer noch Orte in der Schweiz, wo man seine Stelle verlieren kann, wenn man in der SP ist. Auch deshalb kandidiert nicht jede und jeder für den Gemeinderat in einem Dorf mit tausend Leuten.

Die SP Tessin hat für ihren Parteitag eindrückliche Interviews mit alleinerziehenden Müttern und älteren Menschen gedreht, die zeigen, dass der Alltag in der «Sonnenstube» oft alles andere als heiter ist. Drei Genossen im Aargau haben gemeinsam ein Hilfswerk für Flüchtlinge auf der Balkanroute aufgebaut und über die vergangenen Festtage vor Ort Unterstützung geleistet. In allen Landesteilen sind SP-Mitglieder engagiert, in den Gemeinden, regional, kantonal, mit Blick nach Bern und über die Landesgrenzen hinaus. Jeder und jede von uns hört ab und zu, die SP sei weltfremd. Aber jeder Tag draussen zeigt, dass das nicht stimmt. Ende Januar hat die SP Schweiz in Bern den Wahlkampf eröffnet. An unserem Kaffeestand kamen zahlreiche Passantinnen und Passanten vorbei. «Wir brauchen die SP, denn sie setzt sich für alle ein», hörte ich. «Auch für diejenigen, die nicht so viel Glück hatten.» Wie wahr! Und drum machen wir auch jeden Tag weiter – bis am 20. Oktober und darüber hinaus.



WAHLKAMPFTHEMA 1/4: WENIGER BELASTUNG DURCH KRANKENKASSENPRÄMIEN

# Unsere Initiative bringt Entlastung

**VIELE MENSCHEN WISSEN NICHT, WIE SIE IHRE KRANKENKASSENPRÄMIEN BEZAHLEN SOLLLEN. DIE SP LIEFERT IHNEN MIT DER PRÄMIENTLASTUNGS-INITIATIVE EINE ANTWORT.**

Am Parteitag im letzten Dezember beschlossen die SP-Delegierten, die Prämientlastungs-Initiative zu lancieren. Sie will eine Beschränkung der Prämien auf maximal 10 Prozent des Haushaltsbudgets. In ihrer Rede unterstrichen sowohl unsere Nationalratspräsidentin, die Ärztin Marina Carobbio Guscetti wie auch unsere ehemalige Bundesrätin Ruth Dreifuss die Notwendigkeit einer Verankerung der maximalen Haushaltsbelastung in der Bundesverfassung. Ruth Dreifuss hatte 1995 das Krankenversicherungsgesetz eingeführt, und schon damals war es ein Ziel, die kleineren und mittleren Haushalte nicht unnötig zu belasten. Sie hat dieses Sozialziel immer verteidigt. Bis heute haben wir es jedoch nicht geschafft, Familien, Paare und Alleinstehende



Barbara Gysi, Nationalrätin, Vizepräsidentin SP Schweiz

**Darüber will die SP im Wahlkampf reden: die Krankenkassenprämien, Arbeit und Ausbildung für alle, Gleichstellung und die Klimaerwärmung.**

mit moderatem Einkommen bei der Bezahlung der Krankenkassenprämien genügend zu unterstützen. Das Gegenteil ist der Fall. Ein immer grösserer Teil des Einkommens wird von den Krankenkassenprämien weggefressen. Statt die Mittel für die Prämienverbilligung genügend aufzustocken, streichen die Kantone sie zusammen. Bei Sparpaketen gehört die Prämienverbilligung meist zu den ersten Posten, die gekürzt werden.

## **Kantone ziehen sich aus Verantwortung**

Unmittelbar nach dem Parteitag veröffentlichte das Bundesamt für Gesundheit den Monitoringbericht 2017 zur Prämienverbilligung. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, wie nötig unser Projekt ist. Die durch-

schnittliche Belastung der Schweizer Haushalte beträgt 14 Prozent des Einkommens, es gibt aber Kantone wie Jura und Baselland, wo sie alarmierende 18 Prozent beträgt. Und bestimmte Haushaltskategorien liegen sogar darüber. Trotz steigender Prämienbelastung ziehen sich die Kantone aus der Finanzierung zurück, auch das zeigt dieser Bericht

## **Lancierung am 26. Februar**

Die Prämientlastungs-Initiative wird am 26. Februar 2019 lanciert. Die Unterschriftenbögen werden der nächsten «links»-Ausgabe beigelegt. Auf der Webseite [bezahlbarepraemien.ch](http://bezahlbarepraemien.ch) werden laufend Informationen zur Initiative aufgeschaltet. Wer sich für die Initiative engagieren möchte, kann sich auf der Webseite eintragen.

auf Prämienverbilligungen in allen Kantonen gleich gelten soll. Dies ist heute nicht der Fall. Einzelne Kantone reduzieren ihre Anteile und ziehen sich bei der Mitfinanzierung der Prämienverbilligungen immer weiter zurück. Die Verbilligungen halten deshalb oft bei weitem nicht Schritt mit dem effektiven Anstieg der Prämien.

Zusätzlich regelt die Initiative die Übernahme der Kosten. Wir wollen, dass sich der Bund stärker engagiert und es einen festgelegten Bundesanteil gibt. Das 10-Prozent-Ziel soll erreicht werden, indem Bund und Kantone mittels Prämienverbilligungen tiefe und mittlere Einkommen besser unterstützen. Das ist auch sozial: Denn die Prämienverbilligungen werden mit Steuergeldern finanziert und federn den unsozialen Charakter der Kopfprämien bei den Krankenkassen ab. So werden Bund und Kantone stärker in die Verantwortung genommen und haben mehr Anreiz, bei der Kostendämpfung vorwärts zu machen.

#### Zugang zu Gesundheitsleistungen

Die rechtsbürgerliche Mehrheit sieht im Gesundheitswesen primär ein Geschäftsfeld für Milliardengewinne: Sie wollen Wachstum um jeden Preis – und bezahlen soll gefälligst die Bevölkerung. Jedes Jahr gehen zwischen 10 und 20 Prozent der Versicherten in der Schweiz nicht zum Arzt aus Angst, dass Kosten entstehen, die sie nicht tragen können. Das Gesundheitswesen muss effizient und gleichzeitig gerecht organisiert werden. Es hat dem Allgemeinwohl zu dienen, nicht der Bereicherung einiger weniger. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin. Mit der Prämienentlastungs-Initiative können wir den Zugang der Patientinnen und Patienten zu den Gesundheitsleistungen sicherstellen.

glasklar auf. Gegenüber 2014 haben die Kantone 2 Prozent weniger an die Prämienverbilligung bezahlt als der Bund, gegenüber 2009 sind es sogar massive 9 Prozent weniger.

Wenn es noch Beispiele gebraucht hat, wie dringend unser Initiativprojekt ist, wurden uns diese Ende 2018 geliefert. Die Kantonsregierungen veröffentlichten nämlich die konkreten Vorgaben für die Prämienverbilligung 2019: Im Kanton St. Gallen etwa wird die Belastung für gewisse Haushalte auf rekordhohe 16 bis 20 Prozent Belastung ansteigen. Das ist schlicht inakzeptabel.

#### Entlastung und mehr Gerechtigkeit

Unsere Initiative fordert nun also, dass die Belastung der Privathaushalte maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens betragen darf. Für viele Haushalte sind die Krankenkassenprämien zu einer unerträglichen Last geworden. Dies gilt besonders für Familien, die gerade ein wenig zu viel verdienen, um noch Prämienverbilligungen zu erhalten. Der jährliche Prämienanstieg reduziert das verfügbare Einkommen der Mittelschicht. Dies geht auf Kosten der alltäglichen Ausgaben etwa für Essen und Wohnen.

Nebst einer spürbaren Entlastung bringt die Initiative auch mehr Gerechtigkeit, da der Anspruch



## Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren!

Die rechtsbürgerliche Mehrheit in Bundesbern will Kriegsmaterial in Konfliktgebiete exportieren und Renten kürzen. Sie will die Steuern für Konzerne senken und den Lohnschutz preisgeben. FDP und SVP verhindern Fortschritte bei der Energiewende und bei der Gleichstellung. Nicht zuletzt seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten sind solche Programme weltweit in Mode: Wer hat, dem wird gegeben. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung hingegen hat nichts vom wirtschaftlichen Aufschwung. Dies akzeptiert die SP nicht. Denn die rücksichtslose Macht des Stärkeren gefährdet die Zukunft unseres Planeten. Wir brauchen mehr, nicht weniger Zusammenarbeit. Denn die grossen Probleme können wir nur gemeinsam lösen.

Die Schweiz braucht Reformen, damit der Fortschritt allen dient und es auch für unsere Kinder eine gerechte und lebenswerte Welt gibt. Dafür steht die SP ein. Und zwar mit vier konkreten Versprechen, mit denen wir unser Land gerechter, nachhaltiger und bereit für die Zukunft machen wollen: *Unser erstes Ziel ist Arbeit und Ausbildung für alle.* Denn die offiziellen Arbeitslosenzahlen täuschen. Nimmt man Sozialhilfebeziehende und Ausgesteuerte hinzu, suchen 250 000 Menschen in der Schweiz eine Arbeit. Wir alle kennen die empörenden Geschichten von Menschen über 55, die ihre Arbeit verlieren. Die Digitalisierung der Arbeitswelt verschärft dieses Problem. Die SP will, dass möglichst viele Leute ihren Lebensunterhalt mit eigener Arbeit finanzieren können. Wir fordern deshalb für jeden Menschen in der Schweiz das Recht auf Berufsbildung und berufliche Weiterbildung, finanziert über einen Fonds des Bundes. *Unser zweites Ziel ist weniger Belastung durch die Krankenkassenprämien.* Der Parteitag im Dezember hat beschlossen, eine Initiative zu lancieren: Die Prämien dürfen nicht mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen. Ihr werdet die Unterschriftenbögen bald erhalten. *Unser drittes Ziel: Gleichstellung jetzt!* Frauen verdienen nach wie vor weniger und erhalten niedrigere Renten. Das muss sich ändern. Für Frauen und Männer müssen Familie und Beruf vereinbar sein. Dazu braucht es mehr Teilzeitstellen, mehr Kinderbetreuung und den Elternurlaub. Die SP Schweiz wehrt sich gegen alle Formen von Gewalt und gegen Sexismus. *Unser viertes Ziel ist der Kampf gegen die Klimaerhitzung.* Wir müssen den ökologischen Umbau vorantreiben und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf null reduzieren. Die SP fordert deshalb: in der Schweiz investieren statt Öl importieren. Die SP will einen klimafreundlichen und transparenten Finanzplatz, ohne Investitionen in Kohle, Erdöl und Erdgas. Die SP wird dafür sorgen, dass solche Massnahmen sozialverträglich ausgestaltet werden. Der ökologische Umbau darf nicht auf dem Buckel der Lohnabhängigen umgesetzt werden, sondern soll und wird Arbeitsplätze schaffen.

Um diese Projekte umsetzen zu können, brauchen wir neue Mehrheiten. Bitte überzeuge deine Familie, deine Freundinnen und deine Kollegen, am 20. Oktober SP zu wählen.

Herzliche Grüsse  
Christian Levrat

### DARUM GEHT ES

Die Initiative will ein Sozialziel für die obligatorische Krankenversicherung festlegen. Keine Versicherte und kein Versicherter soll gezwungen sein, mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien aufzuwenden. Dieses Ziel soll durch eine Stärkung der individuellen Prämienverbilligungen erreicht werden. Die Finanzierung dieser Unterstützung wird zu zwei Dritteln vom Bund übernommen, die Kantone finanzieren den Restbetrag.

Max Lemmenmeier, der Präsident der SP St. Gallen, erntet für seine kämpferische Rede am Wahlfest immer wieder Zwischenapplaus.

# St. Gallen wählt 2020

**EIN WAHLFEST AM ANFANG DES WAHLKAMPFS. EIN WAHLTEAM, DAS ZWEI JAHRE AN DER ARBEIT SEIN WIRD. DIE GRÜNDUNG EINES GENOSSENSCHAFTLICHEN KAMPAGNENBÜROS. VIELE ZIELLINIEN. DIE SP ST. GALLEN DENKT VIELES NEU.**

«Wir sind früh dran», sagen mir Engagierte im Wahlkampf oft zufrieden. Damit haben sie zwar recht. Aber wir sind nicht deshalb gut unterwegs. Sondern deshalb, weil wir unseren Wahlkampf neu denken. Auf die Nationalratswahlen folgen im Kanton St. Gallen im März 2020 die kantonalen und im September 2020 die kommunalen Wahlen. Wahlkampf neu denken heisst im Wesentlichen: gemeinsam denken!

Bisher gab es mehrere unabhängige Wahlkämpfe und Komitees. Die Folgen: Viele verausgabten sich im vermeintlich wichtigsten, dem Nationalratswahlkampf. Unterwegs verlor die SP Engagierte und Know-how. Und der kommunale Wahlkampf war gänzlich den Sektionen überlassen; nicht wenige agierten dann nach Schema F. Selten versprüht dies Lust an der Auseinandersetzung. Und zu wenig standen Themen und Positionen zur Debatte.

All das krepeln wir um: Die SP St. Gallen verknüpfte alle Wahlkämpfe. Wir sprechen mit den Menschen, nicht über sie. In unseren Dörfern und Quartieren, nicht über Plakatwände und Inserate. Wir tun das von Anfang an. Und indem wir nicht einfach unseren Kandidaten für den Schulrat vorschlagen («Köbi Scherrer ist die richtige Wahl»), sondern indem wir sagen, wofür dieser «Köbi Scherrer» kämpft: Tagesschulen! Mittagstisch! Schluss mit Elterntaxi! – Wir verlassen uns nicht auf das SP-Logo. Weil wir ahnen, dass gerade in den Dörfern und auf dem Land viele nicht (mehr) wissen, was SP bedeutet. Dass die SP die Partei ist, welche für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingun-

gen der einfachen Leute kämpft und für Gerechtigkeit und Freiheit für alle steht, vermitteln wir nur, indem wir konkrete inhaltliche Vorschläge für das Zusammenleben im Dorf, im Quartier machen. Und indem wir darüber sprechen.

**Wahlfest:** Wir begannen mit einem Wahlfest. Wir luden die GenossInnen im Oktober mit einer Telefonkampagne dazu ein. Es gab ein rauschendes Fest. Die Motivation aller zu spüren, war beeindruckend.

**Kommunales Parteiprogramm:** Über die Wintermonate diskutieren die Sektionen ihr eigenes kommunales Parteiprogramm. Ziel ist es, dass die Sektionen ihr Programm aus den vom Sekretariat skizzierten knapp achtzig Forderungen zusammenstellen. Natürlich können die Genossinnen und Genossen in den Sektionen eigene Forderungen aufstellen. Der Katalog soll Anregung sein.

**Town Hall Meeting:** Mit der Umsetzung beginnen die Sektionen im Frühling: Ihr wichtigstes Projekt startet an einem Town Hall Meeting: Mit einem lokalen Projekt haben die Sektionen eine Chance, neue Engagierte in die Bewegung zu ziehen. Menschen, die sich vor allem für einen sicheren Chindsgiweg einsetzen möchten oder für den Erhalt des Quartierladens oder für eine Begegnungszone in der Quartierstrasse – und sonst vielleicht gar nicht wählen gehen oder, wenn doch, dann nicht unbedingt die Kandidierenden der SP. Diese wiederum erhalten so früh im Wahlkampf wichtige Auftrittsmöglichkeiten.



Guido Berlinger-Bolt,  
Politischer Sekretär der  
SP St. Gallen

**Personalpolitik:** Es ist schon heute klar, wer in mehr als einem Jahr zu den Kantonsratswahlen antritt. Diese Engagierten können die Plattform der kommunalen Projekte ebenfalls nutzen. Ebenso, wer im Herbst 2020 in ein kommunales Amt gewählt werden will. Wir lassen uns die politische Agenda nicht länger von bürgerlichen Gemeinderäten diktieren.

**KampaKollektiv:** Das SP-Sekretariat ist für die kantonale Politik zuständig. Für kommunale Wahl- und Abstimmungskämpfe fehlt den Sektionen der Ansprechpartner. Nun haben weit über 50 Interessierte die Genossenschaft KampaKollektiv gegründet: Eine progressive Ostschweizer Kommunikations- und Kampagnenagentur mit einer klaren politischen Haltung. Das KampaKollektiv kann den Sektionen in der Konzeption und Umsetzung eines modernen Wahlkampfes helfen und bietet Workshops und Coachings an.

**Die Basiskampagne:** Wie alle grösseren Kantonalparteien führt auch die SP St. Gallen 2019 eine Basiskampagne durch. An die nationale wird nahtlos die kantonale Basiskampagne anschliessen. Und über den Sommer 2020 werden diejenigen Sektionen, die das wünschen, eine lokale Basiskampagne anhängen. In den kommenden Monaten werden viele Engagierte an Türen klopfen, telefonieren, strassenwahlkämpfen, liken, Standpunkte klarmachen. Kurz: Mit den Menschen über linke Politik in den Dörfern und Quartieren sprechen, statt über sie. Deshalb werden wir im Oktober und 2020 zu den Siegern gehören. Auf diese Weise werden wir die rechtsbürgerliche Mehrheit mit ihrer obszönen Arroganz der Macht in Bern und St. Gallen brechen.



## ZUVERSICHT UND SIEGESWILLE

Am 20. Oktober 2019 werden im Aargau drei Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Nationalrat gewählt, und am 24. November 2019 heisst ein Aargauer Ständerat Cédric Wermuth. Ob diese Prognose bloss Wunschenken ist oder Realität wird, hängt von uns allen ab. Wahlausgänge sind nicht Schicksal, sondern Folge eines erfolgreichen Wahlkampfes. Damit der Funke von den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern zu den Wählerinnen und Wählern überspringt, braucht es attraktive Kandidatinnen und Kandidaten, die richtigen Themen, ein gutes Konzept und vor allem ein grosses persönliches Engagement aller Parteimitglieder. Und besonders wichtig: Es braucht sichtbare Zuversicht und den unbedingten Willen, die gesteckten Ziele zu erreichen. Ich bin zuversichtlich. Ich weiss, dass wir 16 ausgezeichnete Kandidatinnen und Kandidaten haben, die gewinnen wollen. Ich weiss, dass wir gut auf den Wahlkampf vorbereitet sind. Und ich weiss, dass zentrale Themen unserer Partei wie Sicherung der Altersvorsorge, Klimaschutz, sozialer Ausgleich und Bildung für alle die Menschen bewegen und wir überzeugende Lösungen präsentieren. Jetzt braucht es noch das Engagement der ganzen Partei.

Helfen wir alle mit!  
Mit Zuversicht und Siegeswille.

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat.

## KLIMASTREIK DER SCHÜLER\*INNEN

# So ist das Klimaproblem nicht zu lösen

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat. Er kandidiert 2019 für den Ständerat.



Seit einigen Wochen rufen Schülerinnen und Schüler schweizweit zu Klimastreiks auf. Sie fordern, dass die Politik endlich die Klimafrage ernsthaft angeht. Damit haben sie absolut recht. Die Weigerung der Politik, sich des Problems anzunehmen, bedroht direkt ihre Zukunft.

Die Forderungen der Schülerinnen und Schüler leuchten ein. Denn, etwas grob formuliert, welchen Sinn macht ihre Ausbildung noch, wenn die Politik nicht in der Lage ist, einen Planeten lebenswert zu erhalten, auf dem sie mit ihrer Ausbildung überhaupt noch etwas Sinnvolles anfangen können?

Tatsächlich steckt die Klimapolitik in einer ideologischen Sackgasse. Und dabei sind nicht einmal die Klimaleugner das Hauptproblem. Sicher, die Leug-

nung der Klimaerwärmung oder/ und des menschlichen Einflusses darauf ist abstossend. Aber das tut, auch in Bern, nur eine Minderheit. Viel verheerender wirkt sich die «liberale» Ideologie der Mehrheit aus, die im Grunde sagt, ja, der Klimawandel findet statt, ja, er ist verheerend, aber machen können oder wollen wir nichts. Alles, was wir tun, ist darauf vertrauen, dass der freie Markt irgendwann, irgendwas, irgendwie regeln wird. Oder eben auch nicht. Im Endeffekt ist das genauso das Todesurteil für den Planeten.

Die Klimapolitik krankt noch an einer zweiten ideologischen Blockade. Hauptsächlich diskutiert werden technologische Innovationen, die den weiteren Ausstoss von klimaschädlichen Emissionen eindämmen oder verhindern sollen. Das wird dummerweise aber nicht reichen. Die Ökonom\*innen nennen die Summe aller in einer Volkswirtschaft verbauten Investitionen, also Maschinen, Häuser, Fahrzeuge, den Kapitalstock einer Volkswirtschaft. Angenommen, wir ersetzen jedes Jahr 5 Prozent des globalen Kapitalstocks (was

viel ist), mit neuen Investitionen, die um die Hälfte weniger Emissionen produzieren. Damit würde der globale Emissionsausstoss theoretisch pro Jahr um 2,5 Prozent sinken. Erfahrungsgemäss wächst die globale Wirtschaft (und mit ihr der Kapitalstock) jährlich aber im Schnitt um rund 3 Prozent. Damit sinkt der Effekt der neuen Technologien in unserem Beispiel auf knapp 1 Prozent Emissionsreduktion pro Jahr. Nötig wären – je nach Studie – etwas zwischen 5 und 10 Prozent über mehrere Jahrzehnte, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen.

Das zeigt: Das Klimaproblem ist unter den Bedingungen des heutigen real existierenden globalen Kapitalismus mit seinem Wirtschaftswachstum nicht zu lösen. Die Schüler\*innen schreiben in ihrem Aufruf denn auch richtig: «Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel!» Die knapp volljährigen Schüler\*innen beweisen mit ihrer Analyse und ihrem Engagement mehr Weitsicht als die Mehrheit der politischen Elite. Das sollte uns zu denken geben.

# Kantonale Steuervorlage bringt untragbare Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden



Simon Bürki,  
Kantonsrat aus Biberist  
simon-bürki@bluewin.ch

Am kantonalen Parteitag der SP in Oensingen war das Hauptthema die geplante Umsetzung der Steuervorlage im Kanton. Die unverantwortlichen jährlichen Steuerausfälle in Millionenhöhe bei Kanton und Gemeinden will die SP mit allen Mitteln bekämpfen.

## SP will mehr Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie

In ihrer flammenden Eröffnungsrede machte Parteipräsidentin **Franziska Roth** (Solothurn) klar, dass sich die SP für mehr Gerechtigkeit und Solidarität einsetzt. Sie zog eine Legis-



laturbilanz vor den eidgenössischen Wahlen: «Es wurde in den letzten drei Jahren in Bern vor allem Geld ausgegeben, um die Armut zu steigern», fasste die Kantonsrätin kurz und sarkastisch die Arbeit des Bundesparlamentes zusammen. Roth liegt die Demokratie am Herzen, auch auf Gemeindeebene. Daher verabschiedete die SP am Parteitag eine Resolution, die die Abschaffung der Proporzwahl auf Gemeindeebene bekämpft.

## Steuervorlage Bund: bestmöglicher Deal

Ständerat **Roberto Zanetti** stellte den Deal auf Bundesebene vor mit der Verknüpfung von Steuerreform und AHV-Finanzierung



(STAF). Er machte in seinem engagierten Votum klar: «Man kann nur Ja sagen. Etwas Besseres können wir auf Bundesebene nicht mehr erreichen.» Die sozialpolitische Kompensation mit zusätzlichen 2 Mrd. Franken für die AHV bezeichnete Zanetti als Filetstück der Vorlage. Wer die Vorlage aus linker Sicht bekämpfe, sei ein «politischer Geisterfahrer».

## Zanetti: Steuerreform im Kanton ist Hochrisiko-Strategie

Für die geplante kantonale Umsetzung der Steuerstrategie der Solothurner Regierung fand Ständerat Zanetti deutliche Worte: «Es ist eine Hochrisiko-Strategie, auf tiefe Steuern für Unternehmen zu setzen, um diese in den Kanton zu locken. Zugleich will man den Preis für diese Hochrisiko-Strategie nicht nennen. Man kann auch an den Storch oder Osterhasen glauben!»

Balz Bruder, Chefredaktor Solothurner Zeitung, moderierte eine Podiumsdiskussion mit SP-Kantonsrat und Fraktionspräsi-



dent **Markus Ammann** (Olten) und FDP-Kantonsrat Christian Scheuermeyer (Deitingen). Dieser sieht die Millionen von Steuerausfällen in den kommenden Jahren als Investition für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons. Damit sollen die Unternehmen im Kanton bleiben oder sogar neue angezogen werden.

## Zukünftige positive Entwicklung der Steuern ist spekulativ

Für SP-Kantonsrat Markus Ammann ist klar: «Die kantonale Vorlage ist nicht ausgewogen, eine richtige Gegenfinanzierung fehlt. Die positiven Annahmen der Regierung sind reine Spekulation und überholt. Die kleinen und mittleren Einkommen werden kaum entlastet. Heute haben wir dort die höchsten Steuern, aber unsere Vermögenssteuern gehören zu den tiefsten im interkantonalen Vergleich!»

Der Kanton droht Risiken einzugehen, die er sich nie leisten kann, auf die Gefahr hin, dass er erneut einschneidende Sparprogramme erarbeiten muss. Die Regierung schweigt jedoch zu nötigen Sparmassnahmen. Zudem drohen Steuererhöhungen für natürliche Personen, wie im Kanton Waadt. Eine Tiefsteuerstrategie ist in Luzern gescheitert, mit verheerenden Folgen.



## Ja zur Zersiedlunginitiative:

Nationalrat **Philipp Hadorn** stellte die Zersiedlungsinitiative vor, die eine massvolle Nutzung des Bodes will, indem die Bauzonen insgesamt nicht mehr weiterwachsen dürfen. Für Hadorn stimmen «Herzschlag und Stossrichtung der Initiative». Es wurde deutlich die Ja-Parole gefasst für die Abstimmung vom 10. Februar.

## Bärenstark in die Energiezukunft

energiegesetz-be-ja.ch

Am 10. Februar:  
Mit Regierung und Parlament

**BERNER  
ENERGIE  
GESETZ JA**

# Jede Stimme fürs Energiegesetz zählt!

**Wichtig:**  
Bitte erinnere deine  
Familie, Verwandte  
und Bekannte noch  
heute ans Abstimmen.  
Jede Stimme  
zählt!

**ES BLEIBEN NUR NOCH WENIGE TAGE BIS ZUR ABSTIMMUNG ÜBERS BERNER ENERGIEGESETZ. HIER SIEBEN GUTE ARGUMENTE, UM DIE LETZTEN UNENTSCHLOSSENEN ZU ÜBERZEUGEN:**

### **Klimawandel bekämpfen**

Der Klimawandel ist auch im Kanton Bern angekommen und direkt spürbar: Die Gletscher in den Berner Alpen schmelzen, die Bauern im Seeland leiden unter Wasserknappheit und die Aare in Bern hat im Sommer 2018 einen Hitzerekord erreicht. Mit einem JA zum Energiegesetz werden nachhaltige Standards im Energiebereich eingeführt, die das Klima schonen. Der schrittweise Umstieg auf CO<sub>2</sub>-neutrale, erneuerbare Energiequellen ist ein globaler Trend. Das revidierte Energiegesetz ist ein machbarer und sinnvoller Schritt für den Kanton Bern und trägt bei zum Erreichen des Pariser Klimaabkommens. Packen wir die Chance jetzt! Nicht nur für uns, sondern vor allem auch für unsere Kinder und Enkelkinder.

### **Bern soll fortschrittlich bleiben**

Der Kanton Bern ist im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien einer der fortschrittlichsten Kantone. Das ist auch der früheren rot-grünen Regierungsmehrheit und der ehemaligen Regierungsrätin und Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer zu verdanken. Damit Bern weiterhin mit gutem Vorbild vorangeht, braucht es ein JA zum Berner Energiegesetz.

### **Energiewende umsetzen**

Im Mai 2017 stimmte eine deutliche Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer der

Energiestrategie 2050 zu und hiess somit die Energiewende gut. Auch im Kanton Bern wurde die Vorlage klar angenommen. Zur Umsetzung der Energiestrategie braucht es die Kantone, da sie unter anderem für Massnahmen im Gebäudebereich zuständig sind. Im Kanton Bern sind Gebäude für mehr als 40 Prozent des kantonalen Energieverbrauchs verantwortlich. Mit einem JA zum Berner Energiegesetz soll die Energieeffizienz im Gebäudebereich verbessert werden, damit die Energiewende gelingt.

### **Für Mieterinnen und Mieter vertretbar**

Das vom Hauseigentümerverband geführte und wohl von der Erdöl-Lobby mitfinanzierte Gegnerkomitee warnt vor teureren Mieten durch Sanierungen. Diese Bedenken sind unaufrichtig. Wenn Immobilienhaie Gesamtsanierungen dazu nutzen wollen, die Mietzinschraube weiter anzuziehen, so ist das kein Argument gegen das Berner Energiegesetz, sondern ein Grund für ein griffigeres Mietrecht. Der Mieterschutz wird aber vom genau gleichen Hauseigentümerverband bekämpft und angegriffen, die Kritik entpuppt sich als verlogen.

### **Für HauseigentümerInnen zumutbar**

Das neue Berner Energiegesetz ist moderat: Neubauten sollen einen Teil der benötigten Energie selber produzieren und in ihnen sol-

len im Normalfall keine Ölheizungen mehr installiert werden. Steht in einem schlecht gedämmten Wohnhaus der Ersatz der bestehenden Heizung wieder mit einer Öl- oder Gasheizung an, so soll das Gebäude besser isoliert oder erneuerbares Gas verwendet werden. In Neubauten sollen keine Elektroboiler mehr zum Einsatz kommen, sondern energiesparendere Wärmepumpenboiler.

### **Heimisches Gewerbe stärken**

Energetische Sanierungen sind nicht nur für HauseigentümerInnen und Mietende auf lange Sicht ein gutes Geschäft. Auch das Gewerbe profitiert von den Sanierungsaufträgen, darum engagieren sich viele Kleinunternehmen für das Berner Energiegesetz.

### **Lokale Wertschöpfung statt Öl-Milliarde**

Heute fließen jährlich bis 1 Milliarde Franken für Heizöl und Gas aus dem Kanton Bern ins Ausland und zu menschenverachtenden Regimes wie Saudi-Arabien oder Russland. Dabei besitzt der grossräumige Kanton Bern die nötigen Mittel, um sich selbständig zu versorgen: Mit Solarenergie, Biogas aus der Region und Holz aus dem Berner Wald. Innovative Cleantech-Unternehmen schaffen Wertschöpfung vor Ort. Das Berner Energiegesetz sorgt für lokale Versorgungssicherheit und stabile Preise.

# Basisdemokratie statt Unterwerfung unter den politischen Alltag



**UM UNS DER UNTERWERFUNG UNTER DAS POLITISCHE ALLTAGSGESCHÄFT ZU ENTZIEHEN, HABEN WIR IN DER JUSO DEN ENTSCHEIDUNGSPROZESS UMGEDREHT – UND IDEEN FÜR UNSER NÄCHSTES PROJEKT MAL AUSSCHLIESSLICH DURCH BASISMITGLIEDER EINBRINGEN LASSEN.**

Eine oft gehörte Parole bei SP, JUSO und weiteren Linken ist: «Sie haben die Millionen, wir haben die Menschen.» Mit Blick auf unsere Budgets, aber auch mit Blick auf das Engagement von Hunderten unserer Mitglieder bei Wahl- und Abstimmungskämpfen kann man wohl durchaus davon ausgehen, dass diese Aussage stimmt. Die Rolle vieler Mitglieder ist jedoch oftmals darauf beschränkt, Vorgegebenes auszuführen – denn es gibt ja auch genug zu tun... Unterschriften wollen gesammelt und Wähler\*innen angerufen werden, Flyer kann man immer verteilen und die Einbindung von Neumitgliedern soll ja auch nicht zu kurz kommen. Die Inhalte sind dabei jedoch oft vorgegeben – definiert durch parlamentarische Geschäftsgänge, die Fraktionen oder Parteileitungen und Vorstände.

Das fanden wir in der JUSO Bern sehr schade – denn wie oben ausgeführt, sind es die Mitglieder, die unsere Partei ausmachen. Mitglieder mit guten Ideen und grossartigen Vorstellungen, wie sie die Welt und

die Region Bern verändern möchten. Wir starteten also einen Aufruf an alle Mitglieder, Kampagnenvorschläge, Projekte und Ideen einzubringen, welche sie mit der JUSO gerne verwirklichen möchten. Der Vorstand brachte dabei bewusst keine eigenen Projekte ein, wollten wir doch das Ergebnis wirklich den Mitgliedern überlassen und einzig bei der Umsetzung mit unserer Erfahrung zur Seite stehen.

Durch dieses Vorgehen konnten wir gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Einerseits konnten wir so ein Projekt bestimmen, bei welchem wir sicher sind, dass unsere Mitglieder Lust haben, bei der Umsetzung mitzuwirken. Andererseits wurden unsere Mitglieder durch diesen Prozess noch mehr als sonst dazu gezwungen, zu reflektieren, was sie denn genau in unserer Welt verändern möchten. Und wir sind überzeugt, dass genau diese Reflexion in Zukunft helfen wird, unsere eigenen Standpunkte noch besser vertreten zu können – weil wir noch einmal besser wissen, wie wir sie überhaupt vertreten.



Beni Stückelberger,  
Vorstandsmitglied JUSO  
Stadt Bern

**Ausgewählt wurde dann das Projekt eines 14-jährigen Neumitglieds.**

Im Bewusstsein, dass ein solcher Prozess etwas Zeit brauchen würde, entschlossen wir uns dazu, zuerst der Ideenentwicklung genug Raum zu geben. In einem ersten Schritt veranstalteten wir an einer unserer Versammlungen ein Brainstorming in Kleingruppen. Dort wurden zahlreiche Themen eingebracht: Kindererziehung, Einbürgerungen, umweltfreundliches Autofahren, bessere Sichtbarmachung von sexueller Gewalt und viele weitere. In einer zweiten Phase forderten wir alle Mitglieder auf, die Projekte in Gruppen oder alleine genauer auszuformulieren. Denn für eine gute Entscheidung mussten wir ja auch eine genaue Entscheidungsgrundlage haben. In einem dritten Schritt beschlossen wir, an einer weiteren Versammlung über die eingereichten Projekte zu entscheiden – ausgewählt wurde dann dasjenige eines 14-jährigen Neumitglieds.

Wir sind überzeugt, dass ein solches Vorgehen eine gute Möglichkeit ist, den eigenen Mitgliedern auch mal mehr das Heft in die Hand zu geben. Wir sind sehr zufrieden mit dem Prozess, welcher uns auf jeden Fall weitergebracht hat. Wieso nicht auch mal in der eigenen SP-Sektion ein solches Vorgehen probieren? Aus unserer Sicht gibt es damit viel zu gewinnen!



GEMEINSAM GEGEN DEN FASCHISMUS

# Soziale Bewegungen in Brasilien stärken!

**IN BRASILIEN HAT DER RECHTSEXTREME EX-MILITÄR JAIR BOLSONARO DAS PRÄSIDENTENAMT ANGETRETEN, DAS LAND STEUERT AUF FASCHISMUS MIT ULTRA-NEOLIBERALER WIRTSCHAFT ZU. DRINGENDER DENN JE GILT ES, DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN IN IHREM WIDERSTAND ZU UNTERSTÜTZEN.**

Kaum hat der rechtsextreme Ex-Militär Jair Bolsonaro Anfang Januar sein Amt als Präsident Brasiliens angetreten, hat er den Mindestlohn gesenkt und angeordnet, Schutzmassnahmen für die LGBTIQ-Community aufzuheben. Die Demarkierung indigener Gebiete hat er sogleich dem Agrarministerium unterstellt und damit klargemacht, dass die Interessen der Agrarindustrie Vorrang haben vor den Rechten der indigenen Bevölkerung und vor dem Schutz des Amazonasurwalds. Die neu zuständige Agrarministerin Tereza Cristina wird auch «die Muse des Gifts» genannt, weil sie sich für den Einsatz von Agrargiften starkgemacht hat.

Brasilien stehen schwierige Zeiten bevor: eine faschistische Regierung mit einem ultra-neoliberalen Wirtschaftsplan, der die Krise für die Bevölkerung verstärken wird. Ein Drittel des Kabinetts Bolsonaros sind Militärs und ein weiterer Teil evangelikale Pastorinnen und Pastoren mit rückwärtsgewandtem Gesellschaftsbild.

## Übergriffe haben zugenommen

Bereits vor dem Amtsantritt Bolsonaros, der die Militärdiktatur verherrlicht und offen rassistisch, homophob und frauenfeindlich ist,

Yvonne Zimmermann,  
Koordinatorin Solifonds

**Mehr Infos und  
Petition unter-  
zeichnen auf  
[www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch)**

nahmen gewalttätige Übergriffe gegen soziale Bewegungen, Indigene, Linke und LGBTIQ-Aktivist\*innen in beängstigendem Ausmass zu. In der Nacht vor der Stichwahl am 28. Oktober 2018 griffen Bolsonaro-Anhänger eine Besetzung der Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Sem Terra) in Mato Grosso do Sul an, zwei Tage später wurde eine andere MST-Landbesetzung im Bundesstaat Ceará, das Zuhause von 150 Familien, niedergebrannt. Dies sind nur zwei Beispiele.

Bolsonaro hat während des Wahlkampfs angedroht, die sozialen Bewegungen zu terroristischen Organisationen erklären zu lassen – in erster Linie die Landlosenbewegung MST und die Obdachlosenbewegung MTST (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto). Die beiden sind die stärksten sozialen Bewegungen im Land, die für die Umsetzung der in der Verfassung verankerten Landreform und das Recht auf Wohnraum kämpfen sowie für würdige Lebensgrundlagen für Land- und Obdachlose.

## Wunschkandidat der Märkte

Dem Land steht zudem eine wirtschaftliche Radikalkur bevor. Unter dem neuen Wirtschaftsminister Paulo Guedes, Schüler des neoliberalen Vordenkers Milton Friedman an der Chicago School of Economics, sollen Privatisierungen und Abbau-massnahmen im Sozialbereich rasant vorangetrieben werden – mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung: So wird die angekündigte

Rentenreform, die aufgrund breiten Widerstands sistiert wurde und jetzt wieder aufgenommen werden soll, viele Arbeiterinnen und Arbeiter von einer Rente ausschliessen. Die anvisierte Arbeitsreform wird zu noch mehr Prekarisierung führen. Der Abbau des Service public wird den Zugang insbesondere der armen Bevölkerung zu Bildung und Gesundheitsversorgung weiter einschränken.

Bolsonaro war der Wunschkandidat der Märkte. Wirtschaftsvertreter setzten während des Wahlkampfs auf den Ultrarechten, auch Vertreter von Schweizer Konzernen, die sich dank der angekündigten Privatisierungen und Liberalisierungen höhere Gewinne beziehungsweise Zugriff auf Land, Rohstoffe und Wasserreserven erhoffen, ganz nach dem Motto «Profit vor Menschenrechten».

In diesen düsteren Zeiten ist die Stärkung des Widerstands gegen die faschistische und neoliberale Bedrohung dringend. Der SOLIFONDS unterstützt aktuell soziale Bewegungen in Brasilien, darunter die Obdachlosenbewegung MTST und die Landlosenbewegung MST.

Mit einer Petition fordert er zudem Bundesrat und Parlament auf, sich im Namen der Schweiz für internationale Sanktionen gegen Brasilien einzusetzen, sobald Bolsonaros Regierung Menschenrechte verletzt. Waffenexporte müssen gestoppt und Verhandlungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgebrochen werden.

# Das bisschen Lohnunglei

**LOHNGLEICHHEIT IST SEIT 1996 IM GLEICHSTELLUNGSGESETZ VERANKERT, ABER NOCH KEINE REALITÄT. JETZT HAT DAS PARLAMENT IN DER WINTERSESSION IMMERHIN DIE REVISION ZUM GLEICHSTELLUNGSGESETZ VERABSCHIEDET, DIE NEU LOHNTRANSPARENZ VORSCHREIBT. EIN KLEINES SCHRITTCHEIN, ABER IMMERHIN IN DIE RICHTIGE RICHTUNG.**

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber leider nicht Realität. Seit 1981 ist die Gleichstellung von Mann und Frau in Familie, Beruf und Ausbildung verankert. Seit 1996 ist die Lohngleichheit im Gleichstellungsgesetz festgehalten. Dennoch verdienen Frauen pro Jahr immer noch rund 7000 Franken weniger als Männer.

Laut Lohnstrukturerhebung von 2016 verdienen Männer im Schnitt 12 Prozent mehr als Frauen. Der Lohnunterschied betrifft Frauen schon beim Eintritt in den Beruf. Sie verdienen dort schon rund 7 Prozent weniger. Ein Teil der Lohnunterschiede ist erklärbar mit weniger Berufserfahrung, geringerer Qualifikation oder anderen Fakten. Aber rund 7 Prozent der Lohn Differenz sind nicht erklärbar, also schlicht diskriminierend.

Doch auch die Erklärbarkeit von Faktoren heisst nicht, dass hier keine Ungleichheit vorhanden ist. Frauen leisten die Mehrheit der unbezahlten Arbeit im Haushalt und bei der Betreuung von Kindern und Angehörigen und haben dadurch eher Erwerbsunterbrüche oder sie arbeiten Teilzeit. Traditionelle Frauenberufe sind zudem oft schlechter

bezahlt als traditionelle Männerberufe. In einigen Berufen wie beispielsweise bei der Pflege wurde dies durch Lohnklagen ausgeglichen, viele andere Frauenberufe sind nach wie vor sehr schlecht bezahlt, zwei Drittel der Tieflohnstellen in der Schweiz sind von Frauen besetzt, wie aus der Lohnstrukturerhebung 2016 hervorgeht.

### Gläserne Decke, klebriger Boden

Die Lohnunterschiede sind gerade in den sehr gut bezahlten Branchen wie Finanzen und Versicherungen besonders gross. Dort ist teilweise auch der Frauenanteil sehr gering. Gerade bei Frauen in hohen beruflichen Stellungen ist der Lohnunterschied besonders gross. Hier zeigt sich, dass bei Positionen, wo die Lohnhöhe massgeblich durch Verhandlungsgeschick und leistungsorientierte Lohnkomponenten bestimmt wird, die Frauen in der Regel schlechter abschneiden. Dies nicht, weil sie schlechter verhandeln würden, sondern weil stereotype Geschlechterrollen einen Einfluss auf die Bewertung von Leistung haben, wie die Verhaltensökonomin Iris Bohnet in einem Interview mit der Luzerner Zeitung ausführte: «Frauen verhandeln genauso hartnäckig

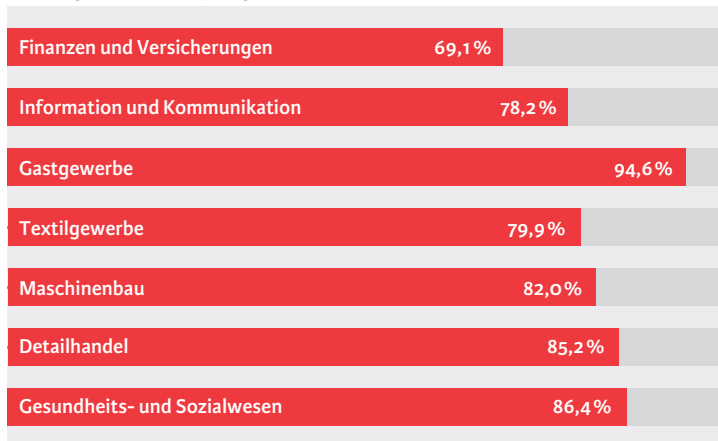


Min Li Marti, Nationalrätin ZH

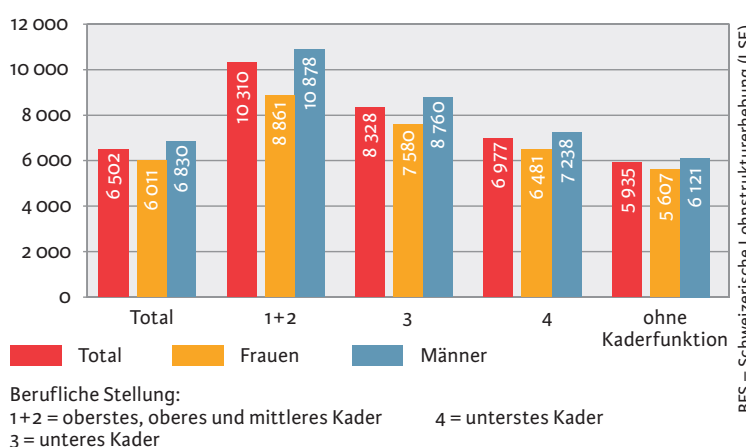
wie Männer. Nämlich dann, wenn sie sich für eine andere Person einsetzen, zum Beispiel als Anwältin für einen Klienten. In diesem Fall ist ein resolutes Auftreten akzeptiert. Doch wenn Frauen für sich selber Forderungen stellen, verstossen sie gegen etablierte gesellschaftliche Rollenbilder.» Wenn Frauen für sich selber verhandelten, würden sie oft als unsympathisch wahrgenommen und der Anspruch werde ihnen übelgenommen, meint Bohnet weiter. «Deshalb verzichten Frauen manchmal auf Lohnansprüche, obwohl diese eigentlich berechtigt wären.»

Das Phänomen der «gläsernen Decke» ist in der öffentlichen Diskussion bekannt. Frauen haben Schwierigkeiten, ganz an die Spitze vorzudringen, weil ihnen die Macht Netzwerke fehlen und ihnen weniger zugetraut wird oder sie für die gleiche Position viel besser qualifiziert sein müssen als der mit ihnen konkurrierende Mann. Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 2016 sind dazu ein eindrückliches Beispiel. Weniger bekannt sind die «klebrigen Böden». Dieses Phänomen zeigt sich darin, dass Frauen im Berufsleben länger auf Beförderungen warten müssen und dass oft weniger in ihre Weiterbildung investiert wird. Damit bleiben ihnen weitere Aufstiegsmöglichkeiten versperrt oder ihr Aufstieg bleibt langsamer als derjenige von Männern.

### Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen in ausgewählten Branchen – der rote Balken zeigt die prozentuale Lohnhöhe der Frauen im Vergleich zu derjenigen der Männer



### Monatlicher Bruttolohn nach beruflicher Stellung und Geschlecht, 2016 – Zentralwert (Median), in Franken – privater und öffentlicher Sektor zusammen



# chheit

## Mutterschaftsstrafe

Die Lohnungleichheit nimmt zusätzlich zu, wenn die Frauen verheiratet sind und wenn sie Kinder bekommen. Im Jahr der Geburt des ersten Kindes liegt das Einkommen einer Mutter noch rund 20 Prozent unter demjenigen eines frischgebakenen Vaters. Der Graben vertieft sich mit der Zeit. Im darauffolgenden Jahr sind es bereits 39 Prozent und im übernächsten Jahr 40 Prozent. Dies ist zu einem Teil damit erklärbar, dass viele Mütter nach der Geburt Teilzeit arbeiten. Der Ökonom Daniel Kopp hat in einer Studie aufgezeigt, dass bereits ein Teilzeitpensum von 80 Prozent negative Folgen auf den Lohn hat. Allerdings haben Mütter auch unabhängig vom Pensum tiefere Gehälter bei der gleichen Position wie Nichtmütter, wie die Ökonomen Daniel Oesch, Oliver Lipps und Patrick McDonald in einer Studie festgestellt haben. Der Lohnverlust pro Kind kann zwischen 4 und 8 Prozent liegen. Zusätzlich werden Mütter auch weniger oft zu Vorstellungsgesprächen eingeladen. Interessanterweise spielen diese Effekte weniger bei niedrig qualifizierten Berufen, möglicherweise

sind dort stereotypische Normen weniger ausgeprägt, weil diese Mütter «arbeiten müssen» und nicht «arbeiten wollen». Laut den beiden Ökonominen Ewa Cukrowska-Torzewska und Anna Lovasz wird der Mutterschaftsmalus kleiner, wenn die Erwerbstätigkeit von Müttern gesellschaftlich akzeptiert und ein gutes Angebot an Kinderbetreuung vorhanden ist.

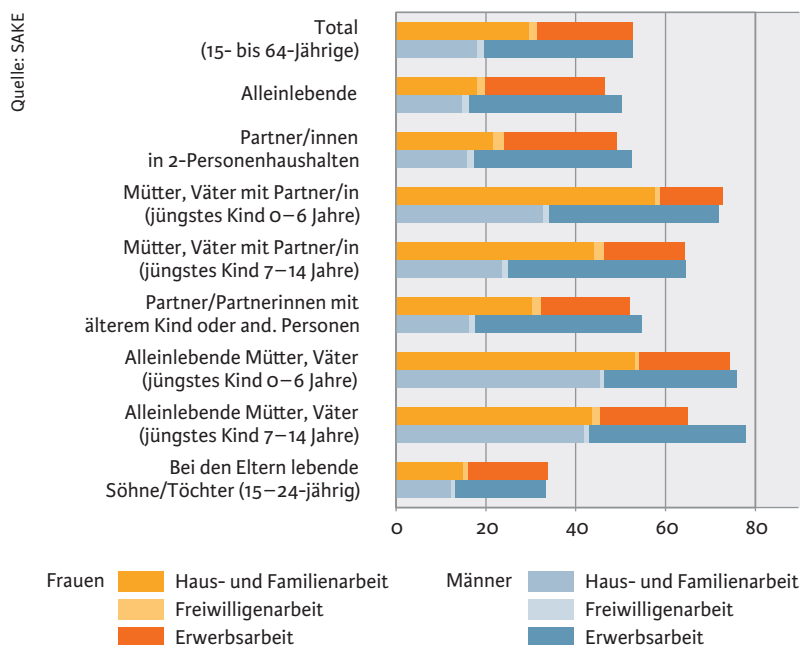
Dennoch gilt auch hier: Erklärbarkeit heisst nicht, dass es keine Diskriminierung gibt. Wenn Frauen öfters Teilzeit arbeiten und Teilzeitarbeit ein Hinderungsgrund für beruflichen Aufstieg ist, dann hat dies auch mit geschlechtsspezifischen Stereotypen zu tun wie dem Präsenzfetischismus, der in gewissen Berufen vorherrscht. Anja Derungs, Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich, meinte dazu in einem Interview mit dem VPOD-Magazin: «Wir konzentrieren uns in der Schweiz immer noch viel zu stark auf zeitliche Faktoren, auf Präsenz. Wer ist abends die oder der Letzte, wer löscht das Licht? Diese Frage wird bei Weitem überschätzt.» Der zweite wesentliche Faktor ist, dass die unbezahlte Arbeit für Kin-

derbetreuung und Haushalt immer noch zum grössten Teil von Frauen gemacht wird. Wenn Paare die Frage diskutieren, wer nach der Geburt das Pensum reduziert, spielt dabei aber auch die ökonomische Frage eine Rolle: Wer verdient mehr, bei wem lohnt es sich also mehr, die Rolle des Hauptnährers respektive der Hauptnährerin zu übernehmen?

## Ein kleines Schritchen

Nach intensiver Debatte haben die eidgenössischen Räte beschlossen, der Revision des Gleichstellungsgesetzes zuzustimmen. Dieses sieht vor, dass neu grössere Unternehmen ab hundert Mitarbeitenden eine Lohnanalyse durchführen müssen. Diese Lohnanalyse prüft, ob Unternehmen die Lohnungleichheit einhalten. Wenn dies nicht der Fall ist, so gibt es jedoch keine Sanktionen, was SP und Gewerkschaften immer kritisiert haben. Dennoch erhofft man sich von den Lohnanalysen, dass sie einen Prozess in den Unternehmen in Gang setzen, da oft die Diskriminierung den Unternehmen nicht bewusst war. Damit ist immerhin ein kleines Schritchen in die richtige Richtung gemacht worden.

**Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit und Freiwilligenarbeit, 2016** – Ständige Wohnbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren nach Familiensituation, in Stunden pro Woche



## SEKTIONSHANDBUCH ZUM THEMA FRAUENFÖRDERUNG

Dass die Diskriminierung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auch 2018 noch Realität ist, wissen wir alle – Lohnungleichheit ist hier nur ein Stichwort. Doch auch wir selbst haben noch Nachholbedarf. Weil die SP nicht losgelöst vom Rest der Gesellschaft funktioniert, fallen auch wir oft in Verhaltensweisen und Muster zurück, die dazu führen, dass Frauen in der SP weniger präsent sind. Deshalb steht euch ab sofort ein neues Sektionshandbuch zum Thema Frauenförderung zur Verfügung. Was braucht es, damit Frauen in Vorständen und auf Wahllisten besser vertreten sind, an Versammlungen mehr reden und in der Öffentlichkeit besser sichtbar sind? Das neue Sektionshandbuch gibt praktische Tipps & Tricks, wie wir diese Fragen gemeinsam angehen können. Ihr könnt das Sektionshandbuch bei Nina Hüsser ([nina.huesser@spschweiz.ch](mailto:nina.huesser@spschweiz.ch)) bestellen und euch bei ihr melden, falls ihr gerne jemanden hättet, der euch das Handbuch an einer Vorstandssitzung oder einer Mitgliederversammlung vorstellt.

# Zersiedelung stoppen

**DAS BESTEHENDE RAUMPLANUNGSGESETZ VERMAG DIE ZERSIEDELUNG NICHT ZU BREMSEN. DESHALB BRAUCHT ES EIN JA ZUR ZERSIEDELUNGSINITIATIVE, DIE AM 10. FEBRUAR ZUR ABSTIMMUNG KOMMT.**

Die Initiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» der Jungen Grünen verfolgt nachfolgende Ziele:

- Die Zersiedelung stoppen, indem die Baufläche in der Schweiz nicht weiter vergrössert werden darf. Allfällige Neueinzonungen müssen durch Rückzonungen an einem anderen Ort kompensiert werden.
- Bauen ausserhalb der Bauzonen nur für benötigte landwirtschaftliche und standortgebundene Bauten und Anlagen.
- Verbesserte Rahmenbedingungen für nachhaltige Quartiere und moderate Aufstockungen ermöglichen

Damit ist die Initiative deckungsgleich mit vielen unserer Ziele und verdient Unterstützung, auch wenn sie einige inhaltliche, formale und strategische Mängel aufweist.

## Neuaufgabe der Landschaftsinitiative

Die Volksinitiative ist eine eigentliche Neuaufgabe der Landschaftsinitiative (vgl. Kasten) von 2008. Diese verlangte, die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz dürfe während zwanzig Jahren nicht anwachsen. Sie wurde zurückgezogen in der Hoffnung, das teilrevidierte



Thomas Hardegger, Nationalrat ZH

Raumplanungsgesetz RPG würde eine ähnliche Wirkung erzielen.

Die Revision des RPG wurde als indirekter Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative von der Bevölkerung mit 62,9 % Ja-Stimmen angenommen und trat am 1. Mai 2014 in Kraft. Die Förderung einer kompakten Siedlungsentwicklung sollte die Zersiedelung in der Schweiz bremsen. Die Kantone müssten zu grosse Bauzonen verkleinern und bestehendes, brachliegendes Bauland effizienter nutzen.

## Raumplanungsgesetz kann Zersiedelung nicht bremsen

Die Zersiedlungsinitiative wurde nur 11 Monate nach Inkrafttreten des Raumplanungsgesetzes von den jungen Grünen im Alleingang lanciert. Die versprochene Wirkung des Gesetzes wurde damit zwar nicht abgewartet. Heute, fast fünf Jahre nach Inkrafttreten, müssen wir den Initiantinnen und Initianten jedoch recht geben und konstatieren, dass nach wie vor unaufhaltsam grüne Wiesen überbaut werden – etwa acht Fussballfelder täglich. In Landwirtschaftszonen werden grosszügig neue Bauten erstellt und nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Bauten umgenutzt. Das RPG wird die Zersiedelung auch in Zukunft nicht stoppen: Je mehr und je flächenintensiver in einem Kanton gebaut wird, desto mehr neues Bauland darf eingezont werden, denn es soll

immer ein Überbauungsvorrat für 15 Jahre bestehen. Und der Entwurf des Bundesrates für die nächste RPG-Revision sieht bereits weitere Lockerungen beim Bauverbot ausserhalb der Bauzonen vor.

## Mehr Koordination von Ein- und Umzonungen

Tatsächlich wäre es in einigen Regionen anspruchsvoll ein striktes Einzonungsverbot, wie es die Initiative verlangt, umzusetzen. Eine Koordination der Ein- und Umzonungen, auch über die Kantonsgrenzen hinweg, fehlt heute. Gerade diese könnte durch die Zersiedlungsinitiative aber entstehen. Der Bund müsste Instrumente schaffen, damit die unterschiedlichen Bedürfnisse an Bauland zwischen den Gemeinden, Regionen und Kantonen ausgeglichen werden können. Brachliegende oder schlecht ausgenützte Areale bekämen durch die Einführung eines Einzonungsmoratoriums einen höheren Stellenwert und die qualitative Erneuerung und Aufwertung der Quartiere würde begünstigt.

Klar, dass die Forderungen so detailliert in die Verfassung geschrieben werden sollen, ist nicht optimal. Aber es ist nicht den Initiantinnen und Initianten anzulasten, dass das Parlament es nicht geschafft hat, einen Gegenvorschlag zu beschliessen, der es ihnen ermöglicht hätte, die nicht ganz perfekte Initiative zurückzuziehen.

## RAUMPLANUNG IN DER SCHWEIZ

- 1.1.1980 → Inkrafttreten Raumplanungsgesetz RPG  
Ziel: Haushälterische Nutzung des Bodens
- 14.8.2008 → Einreichung Landschaftsinitiative  
Ziel: Bauzonen während 20 Jahren nicht vergrössern
- 21.1.2010 → Indirekter Gegenvorschlag – Revision RPG  
Ziel: Anweisung an Kantone gegen Zersiedelung
- 1.5.2014 → Inkrafttreten Teilrevision Raumplanungsgesetz  
Rückzug der Landschaftsinitiative
- 21.10.2016 → Einreichung Zersiedlungsinitiative  
Ziel: Gesamtfläche Bauzonen plafonieren
- 15.6.18 → Beschluss Parlament: Ablehnungsempfehlung, kein Gegenvorschlag, das RPG genüge
- 10.2.2019 → Volksabstimmung Zersiedelungsinitiative





# Keine Waffen für Bürgerkriegsländer!

**IM DEZEMBER HAT EINE BREITE ALLIANZ DIE KORREKTUR-INITIATIVE LANCIERT. SIE WILL EIN VERBOT VON WAFFENEXPORTEN IN BÜRGERKRIEGSLÄNDER UND IN LÄNDER, DIE SYSTEMATISCH UND SCHWERWIEGEND MENSCHENRECHTE VERLETZEN.**

Als der Bundesrat im Frühling letzten Jahres die Absicht äusserte, gegen jede humanitäre Vernunft in Zukunft Lieferungen von Kriegsmaterial in Bürgerkriegsländer zu bewilligen, ging mit Recht ein Aufschrei durch die Bevölkerung. Trotzdem stellte sich die Mehrheit der rechtsbürgerlich beherrschten sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat im Sommer 2018 hinter diese Forderung der Rüstungslobby. Darum war bald klar: Dieses Ansinnen kann wohl nur noch das Volk stoppen.

## Breite Allianz

Über die Sommermonate bildete sich deswegen eine breite Allianz aus Parteien, GSoA, kirchlichen Kreisen und Hilfswerken und bereitete eine Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer vor, die sogenannte Korrektur-Initiative. Es soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, Kriegsmaterial in Länder zu schicken, die in einen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Zudem soll die Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung aus dem Jahre 2014, welche Waffenlieferungen auch in Länder zulässt, die Menschenrechte verletzen, wieder rückgängig gemacht werden. Mit der Ankündigung der Initiative wurde der nötige Druck geschaffen, um Bundesrat und Parlament zur Vernunft zu bringen.

## Initiative lanciert

Das funktionierte zunächst auch: Der Nationalrat stimmte in der



Priska Seiler-Graf,  
Nationalrätin ZH

Herbstsession einer Motion der BDP zu, die fordert, die Kriterien der Kriegsmaterialverordnung auf Gesetzesstufe zu heben. So kann das Parlament in Zukunft über Änderungen entscheiden und in letzter Konsequenz – mit einem Referendum nämlich – auch das Volk. Zudem gab der Bundesrat bekannt, er verzichte vorläufig auf eine Änderung der Kriegsmaterialverordnung. Doch hier gilt klar: Fakten sind besser als blossе Lippenbekenntnisse. In der Wintersession wandte dann der Ständerat leider ein «Buebetrickli» an. Er wies die Motion an die zuständige Kommission zurück und schob sie so über die Wahlen hinaus auf die lange Bank. Darum wurde am 11. Dezember die Korrektur-Initiative offiziell lanciert und die Unterschriftensammlung konnte beginnen.

## Schweiz macht sich unglaublich

Die Bundesverfassung verpflichtet die Schweizer Aussenpolitik, den Frieden zu fördern, die Menschenrechte zu stärken und die Armut in der Welt zu bekämpfen. Diese Grundsätze müssen zwingend Priorität haben vor kurzfristigen Profitinteressen. Schweizer Rüstungsgüter in Staaten zu liefern, in denen Bürgerkrieg herrscht, untergräbt die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit unserer Aussenpolitik. Auch IKRK-Präsident Peter Maurer sagt, die Schweiz mache sich damit als humanitäre Akteurin unglaublich.

Bewaffnete Konflikte wie in der Ukraine, in Syrien oder im Jemen

haben humanitär katastrophale Folgen, treiben Millionen von Menschen in die Flucht und verhindern die demokratische und soziale Entwicklung. Auch für die Sicherheit der Schweiz ist von entscheidender Bedeutung, dass das multilaterale System auf dem Völkerrecht und nicht auf bewaffneter Gewalt beruht.

Zudem gibt es so etwas wie «defensive» Waffen nicht. Alle Lieferungen von Kriegsmaterial an Staaten, die in einen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, legitimieren deren Regierungen, welche die Menschenrechte teilweise aufs Übelste missachten.

## Kontrolllücken schliessen

Vielfach müssen die heutigen Kontrolllücken geschlossen werden. Der Bericht der eidgenössischen Finanzkontrolle vom letzten Herbst bestätigt es schwarz auf weiss: Die Kontrollen heute sind viel zu lasch und die Vorschriften können leicht umgangen werden. Es darf nicht länger sein, dass Boko Haram über Mowag-Panzer und der IS in Syrien und Libyen über RUAG-Handgranaten verfügen.

Unproblematische Kriegsmaterialausfuhren gibt es nicht, das ist eine Illusion. Auch mit der heutigen Gesetzgebung gelingt es nicht zu verhindern, dass Schweizer Kriegsmaterial in internen Konflikten eingesetzt wird.

Mit dem Vorhaben, Waffenexporte direkt in Bürgerkriegsländer liefern zu können, wurde klar eine rote Linie überschritten. Darum braucht es jetzt die Korrektur-Initiative, damit das Volk das letzte Wort hat!

[www.korrektur-initiative.ch](http://www.korrektur-initiative.ch)

**Jetzt den Bogen  
in der Heftmitte  
unterschreiben und  
zurückschicken!**



Neue Wege 1/2.19

## DIE SP UND DIE RELIGION

Die Nummer 1/2.19 der Zeitschrift Neue Wege ist dem Schwerpunkt «Die SP und die Religion» gewidmet.

«Ich bin Christin, weil ich Sozialistin bin, und ich bin Sozialistin, weil ich Christin bin.» So einfach und selbstverständlich wie für SP-Nationalrätin Ada Marra ist das längst nicht für alle. Die Juso-Präsidentin Tamara Funciello ist Feministin und Atheistin. An einem Podium der Neuen Wege im Oktober 2018 sagte sie: «Lehrt uns nicht gerade die Religion, wie sehr man die Macht einer gemeinsamen Utopie und Vision nicht unterschätzen sollte? Glauben kann ein Akt des Widerstandes und der Emanzipation von einem System sein.» Zusammen mit Nationalrat Cédric Wermuth sprechen die beiden Frauen im grossen «Neue Wege»-Gespräch über Sozialismus und Religion.

Das Verhältnis der SP zur Religion ist in den letzten Monaten in Bewegung geraten. Am Anfang stand eine Tagung der SP Schweiz zur «Rolle des Islams in der Schweiz» vom Juni 2018. Keine einfachen Antworten wurden sichtbar, sondern immer neue Fragen und noch vielfältigere Positionen. Jacqueline Fehr als Zürcher SP-Regierungsrätin ist dabei eine markante Stimme. Die Thematik ist gleichzeitig sehr persönlich und hat gesellschaftspolitische Sprengkraft. Die Debatte steht auch in den Sektionen erst am Anfang. Sie braucht weder vorschnellen Konsens noch Zuschnitt auf wahlkampf-taugliche Parolen. Sie braucht Raum. Die «Neuen Wege» wollen ein Ort dafür sein.

Am Diskurs zum komplexen Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Religion beteiligen sich in den Neuen Wegen unter anderem Mustafa Atici, Präsident der SP MigrantInnen, der Lausanner SP-Politiker Benoît Gaillard von integraUNIVERSELL und der junge Aktivist Frédéric Mader. Von ausserhalb der SP steuern der Historiker Josef Lang sowie der marxistische Theologe Kuno Füssel Grundsatzbeiträge bei.

Die Zeitschrift «Neue Wege» übrigens («Religion.Sozialismus.Kritik») ist seit mehr als 100 Jahren an diesem Thema dran! Gerade der Religiöse Sozialismus im 20. Jahrhundert hat das utopische Potenzial gesucht, wie Christoph Ammann aufzeigt. Unter dem Stichwort «Reich Gottes» geht es nicht um institutionalisierte Religion, sondern um das Überschreiten des Bestehenden auf eine andere Welt hin.

Bestellung (Einzelheft, 48 Seiten, CHF 9.–):

Administration Neue Wege  
Postfach 1074, 8048 Zürich  
Tel. 044 447 40 46, [info@neuewege.ch](mailto:info@neuewege.ch)  
[www.neuewege.ch](http://www.neuewege.ch)



Neue SP-Broschüre

## «COMMONS – GEMEINSAM FÜR EINE SOLIDARISCHE UND DEMOKRATISCHE WELT»

Wünscht ihr euch mehr Nachhaltigkeit, mehr Demokratie und mehr Solidarität auf lokaler Ebene? Möchtet ihr dazu ein sinnvolles Projekt starten, wisst aber nicht, welches? Seid ihr auf der Suche nach neuen Mitgliedern? Wollt ihr die Sichtbarkeit eurer Sektion erhöhen? Bist du ein aktives Basismitglied und möchtest dich in einem bereits bestehenden Projekt einbringen? Kandidierst du für ein politisches Amt und möchtest dein Profil schärfen? Oder hast du bereits ein Amt inne und suchst nach neuen Inspirationen?

Falls ihr eine dieser Fragen mit Ja beantwortet, hilft euch die neuste SP-Broschüre hoffentlich weiter: Sie beschreibt Projekte, die auf lokaler Ebene Solidarität, Demokratie und Gemeinschaft fördern. Auch in Bezug auf den diesjährigen Wahlkampf kann die Broschüre Ideen liefern. SP-Nationalrätin Barbara Gysi beschreibt den Nutzen der Broschüre, die Teil der Umsetzung des Aktionsplans Wirtschaftsdemokratie ist, so:

«Die in dieser Broschüre vorgestellten Ansätze sind umsetzbar und beleben das Miteinander im Quartier und in der Region. Viele sind weder kostspielig noch kompliziert. Was es braucht, sind engagierte Menschen, die etwas anpacken wollen. Die SP Schweiz will mit dieser Broschüre den Sektionen und auch den Mitgliedern Ideen liefern und ihnen Mut machen, Projekte anzupacken und unsere Vorstellung von nachhaltigem, demokratischem Wirtschaften und Zusammenleben umzusetzen. Commons können im Kleinen ansetzen, zielen aber immer auch auf das Grosse. Sie sind die solidarische und demokratische Antwort auf die grossen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit: auf den Klimawandel, die riesigen Ungleichheiten, die Digitalisierung und auf das weit verbreitete Gefühl von Unsicherheit.»

Die Broschüre könnt ihr bei uns bestellen ([kommunikation@spschweiz.ch](mailto:kommunikation@spschweiz.ch)) oder als PDF von der Website der SP Schweiz herunterladen.

# MOVENDO

## Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### Basiskurs für Mitglieder von

Stiftungsräten D1.9.1901

7./8. März 2019, Hotel Freienhof, Thun

Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, Begriffe, Verantwortung, Haftung, Zinslandschaft, Rechtsverhältnisse, Deckungsgrad  
Referenten: Sabino Di Mambro (eidg. dipl. Pensionskassenleiter), Urban Hodel (PK-Netz)

### Aufbaukurs für Mitglieder von

Stiftungsräten D1.9.1903

21./22. März 2019, Hotel Freienhof, Thun

Jahresrechnung, Risikofähigkeit, Anlageorganisation BVV 2, Teilliquidation, technischer Zins, Umwandlungssatz, Sanierung, Unterdeckung, Risikomanagement  
Referenten: Sabino Di Mambro (eidg. dipl. Pensionskassenleiter), Urban Hodel (PK-Netz)

### 100 Jahre Erfolgsgeschichte für Arbeitnehmende: die International Labour Organisation (ILO) B2.2.1901

Eine Tagung von Movendo und dem Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB)

25. Juni 2019, Hotel Kreuz, Bern  
Bedeutung der ILO für Arbeitnehmendenschutz und Sozialstandards weltweit und in der Schweiz, Funktion der ILO, Resultate der ILO-Konferenz 2019, Zukunft der ILO

Referentinnen und Referenten: siehe [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch)

Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch) oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 250.– statt 390.– respektive 300.– statt 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, [simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

## AGENDA 2019

### 10. FEBRUAR

Abstimmungen

### 23. FEBRUAR

Digitalisierungs-Tagung der Fraktion, Bern

### 26. FEBRUAR

Lancierung Prämiientlastungs-Initiative, Bern

### 2. MÄRZ

Delegiertenversammlung, Goldau (SZ)

### 8. MÄRZ

Aktionen zum Tag der Frau

### 23. MÄRZ

Mitgliederversammlung SP Frauen\*

### 19. MAI

Abstimmungen

### 25. MAI

Mitgliederkonferenz SP60+ Hotel National, Bern

### 1. JUNI

Wahlkampfauftakt SP Frauen\* 10.15 – 18 Uhr

### 14. JUNI

Frauenstreik

### 8. – 11. AUGUST

Sommeruni, Chandolin VS

### 20. OKTOBER

Eidgenössische Wahlen

### 2. NOVEMBER

Herbstanlass SP60+

### 16. NOVEMBER

Mitgliederversammlung SP Frauen\*

### 30. NOVEMBER

Delegiertenversammlung

[www.spschweiz.ch/agenda](http://www.spschweiz.ch/agenda)



## SP GRUPPE BUNDESPERSONAL

An die **Mitarbeitenden** und **Pensionierten** der allgemeinen Bundesverwaltung, von SBB, Post und Swisscom sowie anderen halbstaatlichen Institutionen, die bereits Mitglied der SP sind:

## WIR LADEN DICH EIN, DER SP GRUPPE BUNDESPERSONAL BEIZUTRETEN

Wir wollen uns vernetzen, um die gemeinsamen Interessen der SP-Mitglieder innerhalb der Bundesverwaltung und ihrer Betriebe zu wahren.

Für weitere Informationen stehen dir Karin Beck und Markus Beer vom Co-Präsidium gerne zur Verfügung: [karinbeck@hispeed.ch](mailto:karinbeck@hispeed.ch) oder [markus.beer@bluewin.ch](mailto:markus.beer@bluewin.ch) | [www.sp-bundespersonal.ch](http://www.sp-bundespersonal.ch)



